POLITIK DDR-BÜRGERRECHTLER - 30 JAHRE DANACH

„Seht ihr nicht, was unser Leben wert ist?“

Stand: 11:14 Uhr | Lesedauer: 28 Minuten

Von **Oliver Michalsky**, **Jennifer Wilton**, Martin Heller (Videos)



An und auf Resten der Berliner Mauer: Werner Schulz, Britta Albrecht-Schatta, Wolfgang Templin, Marianne Birthler, Wolfang Tiefensee, Konrad Weiß (v.l.)

Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT

30 Jahre nach der friedlichen Revolution und dem Ende der DDR: frühere Bürgerrechtler haben sich für WELT AM SONNTAG wiedergetroffen. Woran sie sich erinnern, wie viel sie erreicht haben – und was sie jetzt verändern wollen.

Es dauert nur wenige Minuten, da sind sie in eine engagierte Diskussion vertieft: Marianne Birthler, Werner Schulz, Wolfgang Tiefensee, Britta Albrecht-Schatta, Wolfgang Templin, Konrad Weiß und Ines Geipel. So war es jedes Mal, wenn die sieben ehemaligen Bürgerrechtler zu Besuch in der Redaktion waren, um eine ganz besondere Ausgabe der WELT AM SONNTAG zu gestalten. Und so ist es auch an diesem Tag, an dem sie sich zum großen Interview zusammensetzen. Es wird geredet, gegengeredet und argumentiert, ob es um die gemeinsame Vergangenheit geht oder die Analyse der Gegenwart. Aber es wird auch immer wieder sehr viel gelacht – und das sagt viel aus über die Atmosphäre ihrer Begegnung, 30 Jahre später.

WELT AM SONNTAG: Sie waren alle vor 30 Jahren auf unterschiedliche Weise an der Friedlichen Revolution beteiligt, teilweise in den gleichen Oppositionsgruppen, vor und nach dem Mauerfall. Wie fühlt es sich an, heute hier wieder zusammen an einem Tisch zu sitzen?

Werner Schulz: Ich bin froh, wenn ich auf Menschen treffe, mit denen ich ein Stück Weg zusammen gegangen bin. Um gemeinsam zurückzuschauen und zu reflektieren, wo wir angekommen sind und was uns heute noch verbindet.

Marianne Birthler: In den vergangenen 30 Jahren dachte ich oft: So, jetzt ist es gegessen, jetzt kümmern wir uns um andere Themen als den Osten. Aber jetzt sind deutsch-deutsche Fragen und der Zustand der Gesellschaft im Osten so aktuell wie nie. Ich bin neugierig, was die anderen dazu zu sagen haben. Es ist ja keineswegs so, dass die, die damals gemeinsame Sache gemacht haben, heute immer einer Meinung sind. Deswegen ist es für mich auch nie langweilig, euch zu treffen.

Britta Albrecht-Schatta: Ich finde es spannend zu sehen, wie wir uns heute unterhalten. Kontrovers natürlich.

Wolfgang Tiefensee: Die Zeit um 89 ist einem immer irgendwie präsent, weil sie ja eine ganz entscheidende Zeit gewesen ist. Aber je größer der Abstand, desto mehr verschieben sich natürlich Wahrnehmungen. Das einzuordnen, in der Zeit heute, das ist schon spannend. Und ich finde es auch gut, daran zu erinnern, wo wir herkommen. Manchmal scheint mir das aus dem Blick zu geraten heute.

Ines Geipel: 30 Jahre hat eben auch eine besondere Zeitmagie. Vor fünf Jahren ging es beim Mauerfalljubiläum zuallererst um Freude. Jetzt scheint alles aufgebrochen, es kommt vieles hoch, was historisch noch einmal ausgewertet werden muss. Aber das ist doch eigentlich das Beste, was uns passieren kann mit dieser langen Diktaturgeschichte.

WELT AM SONNTAG: Als vor 30 Jahren klar war, dass die Mauer fällt – was war da Ihr Traum?

Konrad Weiß: Ich war zunächst einfach glücklich nach dieser langen Phase der Stagnation in der DDR, des immer stärker werdenden Druckes, dass man mit der Gründung der Bürgerbewegung der Demokratie entgegenging. Und ich war zunächst überrascht, dass tatsächlich so viele Menschen mitmachten. Ich bin mit meiner Frau damals im Mai 89, am berühmten Tag der Kommunalwahlen, in einem kleinen Ort tief im Thüringer Wald gewesen. Da kamen uns junge Leute mit Klampfe FDJ-Lieder singend entgegen, und ich habe zu meiner Frau gesagt: Hier ändert sich nie etwas. Ich bin damals ja viel im Land herumgekommen und habe mitbekommen, wie gleichgültig viele Menschen waren, wie resigniert. Einige haben aufbegehrt, indem sie versucht haben, herauszukommen oder in irgendeiner Weise zu opponieren. Aber die große Mehrheit war doch sehr angepasst, auch zufrieden mit dem, was war. Ein bisschen etwas von dem, was ich damals empfunden habe, empfinde ich heute wieder. Damals sind die Leute irgendwelchen starken Männern hinterhergerannt, heute tun sie es wieder. Mein Traum, dass die Menschen in Ostdeutschland mündiger, dass sie selbstbestimmter werden, hat sich nicht ganz erfüllt.

Albrecht-Schatta: Ich bin damals auch überrascht worden von – ja, wovon eigentlich? Ich suche noch ein Wort dafür. Mauerfall stimmt eben nicht, die Mauer ist ja nicht plötzlich einfach umgefallen. Und es war ja auch keine Wende. Jedenfalls habe ich 1989 einfach nur gedacht: Da mache ich jetzt mit, gar nicht mal so sehr mit dem Gedanken, das wird auch klappen.

Geipel: Ich war Ende August 1989 aus der DDR geflohen und wollte unbedingt raus, endlich in Ruhe gelassen werden vom System, aber auch von der Familie. Ich wollte endlich zur Welt gehören und frei sein. Mehr war es erst mal nicht. Eine Bürgerrechtlerinnen-Biografie habe ich also nicht.

Wolfgang Templin: Mein Traum war ein offenes Land mit freien Menschen. Wir kamen aus einem geschlossenen Land, dem die Freiheit

fehlte. Wir leben jetzt in einem freien Land. Aber wie offen es ist – in der Auseinandersetzung sehe ich uns mittendrin. Das Maß an Offenheit, das wir uns als demokratische Gesellschaft erlauben, wird durch ganz viele Gewohnheiten, Ängste eingeschränkt. Ich habe überhaupt keinen Grund zu hadern, aber durchaus kritisch gegenüber vielen Entwicklungen zu sein.

Schulz: Ich bin vielleicht nicht ganz typisch für die Opposition, weil ich mich oft mit der nationalen Frage beschäftigt habe. Ich habe mich gefragt: Wo wird die Existenzberechtigung der DDR sein, wenn die Grenze offen ist? Ich habe wirklich gehofft, dass es zu einer Vereinigung dieser beiden deutschen Staaten kommt, habe später auch in der Verfassungskommission am Runden Tisch mitgearbeitet. Meine tiefe Enttäuschung war, dass es zu einer Bauch-über-Kopf-Vereinigung gekommen ist. Man hätte den Leuten zeigen können, dass sie nicht mit leeren Händen in die deutsche Vereinigung kommen. Aber man hat diesen demokratischen Aufbruch nur als Systemzusammenbruch verstanden und verkannt. Ich glaube, das ist ein großer Fehler, der sich durchzieht.

Birthler: Ich kann als freie Bürgerin in einem freien Land leben. Darüber bin ich immer noch glücklich. Was ich dazu lernen musste, war, Ambivalenzen auszuhalten. Wir kamen aus einem Land, in dem es nur richtig und falsch gab, „die" und „uns", Freund und Feind. Ich habe eine Weile gebraucht, um zu lernen, dass es zu einem Sachverhalt verschiedene Meinungen geben kann, die alle ihre Berechtigung haben.

WELT AM SONNTAG: Sie mussten auch ziemlich schnell lernen, was politische Enttäuschung heißt. Bündnis 90, der Zusammenschluss von Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen, kam bei den ersten freien Wahlen im März 1990 auf 2,9 Prozent, die CDU gewann mit über 40 Prozent.

Birthler: Ich war an dem Tag gefühlsmäßig wirklich an zwei verschiedenen Orten. Ich war überglücklich, dass unser wichtigster Wunsch in Erfüllung gegangen war: freie Wahlen. Zugleich war ich ziemlich betrübt über unser ganz konkretes Wahlergebnis. Sollte ich jetzt am Abend glücklich sein oder

traurig? Das musste ich irgendwie ausbalancieren. Und in solche Situationen kam ich immer wieder, auch heute noch. Ich übe mich darin, es auszuhalten, dass ich einerseits dieses freie und wunderbare Land verteidige, in dem ich lebe, es wollen ja nicht umsonst Menschen aus der ganzen Welt hierhin. Andererseits gibt es auch viel, das mir nicht gefällt und das ich mir anders wünsche.

Templin: Also wunderbares Land fiele mir nie ein. Ich lebe in einem akzeptablen Land. Bin sehr oft froh über positive Entwicklungen und Möglichkeiten in diesem Land. Bin aber oft auch genervt und gelangweilt über eine zu große ost-west-deutsche Selbstbezogenheit. Deswegen gucke ich gerne über den Tellerrand nach Mittel- und Osteuropa.

Schulz: Es ist ein gutes Land. Es ist das, was Joachim Gauck auch immer sagt: das beste Deutschland, das es je gab.

Birthler: Das ist völlig richtig. Wir leben nicht im gelobten Land. Aber ich bekomme gerade sehr viele Mails von Leuten, die kein gutes Haar an diesem Land lassen, die alles schlechtreden. Und da lehne ich mich natürlich zur anderen Seite und sage: Habt ihr sie nicht mehr alle? Seht ihr nicht, was unser Leben wert ist und die Möglichkeiten, die wir haben?

Weiß: Ich glaube, die Ursachen dafür liegen tief. Das ist nicht die Dummheit der Leute oder die Blindheit. Das ist ein Stück DDR-Mentalität, die ihnen eingepflanzt ist, der Glaube auch an einen Sozialismus, den sie nie überwunden haben. Das hat gleich 1990 angefangen. Das hat man klar bei der PDS verfolgen können. Ihr Konzept, um ihre Position zu stärken, war, die Bundesrepublik schlechtzumachen. Da haben sie viele Leute mitgenommen. Aber sie haben eben nicht nach vorne gedacht. Es hat dazu geführt, dass diese Unzufriedenheit jetzt da ist. Wenn ich an meine Kindheit denke, an die Lebensbedingungen nach dem Krieg – so schlecht geht es heute niemandem. Wenn ich sehe, dass Leute heute leichtfertig damit umgehen, was wir an Friedfertigkeit in Europa geschaffen haben, dann habe ich Angst. Das ist schmerzlich für mich.

WELT AM SONNTAG: Werner Schulz, Sie haben gerade gesagt, dass es Versäumnisse beim Einigungsprozess gab, die bis heute Folgen haben und auch diese Unzufriedenheit bedingen. Wie würden Sie die beschreiben?

Schulz: Die Leute in der DDR waren damals gerade dabei – nicht alle, aber ein großer Teil –, ihren Unmut zu artikulieren. Wir waren alle überrascht, wie groß der Unmut plötzlich war. Die Menschen haben im aufrechten Gang auf einmal Demokratie buchstabiert! Und als sie gerade dabei waren, wurde ihnen ein komplettes System übergestülpt. Es wäre gut gewesen, man hätte sich darüber verständigt, was man aus diesem Osten übernimmt. Was ist das Erbe der Friedlichen Revolution? Es ist doch nirgendwo aufgegangen. Wieso kann denn die AfD heute auf so etwas zurückgreifen?

Templin: Eben!

Schulz: Weil es eben brachliegt. Weil es rumliegt. Weil es nicht in das deutsche Narrativ eingedrungen ist.

Templin: Es hätte der AfD einen großen Teil des Bodens entzogen, den sie heute hat.

Tiefensee: Ohne dass ich die beiden Parteien gleichsetzen will. Aber es ist natürlich auch der umgegrabene Boden der PDS. Und der Linken.

Schulz: Ich sage immer, die AfD erntet, was die PDS gesät hat.

Birthler: Am Abend der ersten freien Wahlen in der DDR, das hat der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk in seinem neuen Buch gerade beschrieben, rief Margaret Thatcher Helmut Kohl an, um ihm zum Wahlsieg zu gratulieren, nicht etwa Lothar de Maizière, dem Spitzenkandidaten der Allianz für Deutschland. Tatsächlich wurde der Wahlkampf ganz wesentlich vom Westen geführt. SPD und CDU profitierten dabei von den jeweiligen Westparteien, von deren Apparat und Infrastruktur. Noch wichtiger war aber, dass es bei dieser Wahl weniger um Parteien ging als um eine ganz

andere Frage, eine Art Plebiszit über die Frage, welchen Weg in die deutsche Einheit wir gehen.

Tiefensee: Meine Lesart von damals ist: Ihr habt die Mauer eingerissen, aber wir wollen etwas anderes. So tickte die große Mehrheit.

Birthler: Die Frage war: Wollen wir so schnell wie möglich die deutsche Einheit, über den Beitritt, oder wollen wir einen behutsameren Weg – den über eine deutsch-deutsche Verfassungsdebatte nach Grundgesetzartikel 146? Ich war für Letzteres. Aber wir hätten das nur gegen den Widerstand großer Mehrheiten in der DDR-Bevölkerung durchsetzen können, damit schied diese Möglichkeit aus. Es gab keine Alternative zu diesem Tempo, die Leute demonstrierten: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr.“ Aber man hätte eine ganze Reihe von Einzelentscheidungen vertagen können. In der Bundesrepublik gab es 1990 einen erheblichen Reformstau, die deutsche Einheit hätte genutzt werden können, fällige Reformen anzugehen. Aber das war nicht gewünscht.

Weiß: Es war nicht realistisch, Marianne. Ich habe das damals auch gedacht, aber es war nicht realistisch.

Birthler: Helmut Kohl hat irgendwann gesagt: Bei uns muss sich nichts ändern – und diese Haltung bestimmte dann den Einigungsvertrag. Man hätte ja nicht sofort Reformen in Gang setzen müssen. Aber Hausaufgaben für den gesamtdeutschen Bundestag festlegen können!

Schulz: Da würde ich widersprechen. Kowalczuk bringt in seinem Buch auch ein Zitat von Helmut Kohl vom Februar 1990. Er sagte damals: Wir sollten das behutsam machen, mal gucken, was sich aus der DDR eignet, was man übernehmen kann. Aber es ist dann eine Regierung gewählt worden, die Blockpartei CDU in einer großen Koalition mit der SPD, und die hat nicht verhandelt. Es war keine Vereinigung, sondern eine Übergabe!

Birthler: Eigentlich Hingabe!

Schulz: Ja! Es gab keinen Punkt, in dem die DDR-Seite wirklich verhandelt hatte. Allein die Frage Berlin beispielsweise. Die hätte ja in dem Vertrag klar geregelt werden können. Ost-Berlin war die Hauptstadt der DDR, die westdeutsche Seite hat immer gesagt, Bonn ist das Provisorium; wenn es zur Vereinigung kommt, ist es wieder Berlin. Aber sogar das wurde ausgeklammert. Dass es dann dazu kam – wir haben das ja erlebt, Konrad! –, eine Redeschlacht war das, einen ganzen Tag lang, es stand auf Messers Schneide. Wolfgang Schäuble hat mir damals gesagt, mit Krause ...

WELT AM SONNTAG: Der parlamentarische Staatssekretär Günther Krause von der CDU, der damals für Ostdeutschland die Einigungsverhandlungen führte.

Schulz: ... mit dem habe er sich gar nicht groß verständigen müssen, der habe alles für Schrott gehalten, was da in der DDR war. Alles sollte weg! Es sollte alles genau wie in der Bundesrepublik werden. Jürgen Habermas hat mal gesagt, Schäuble habe damals einen Vertrag mit sich selbst gemacht. Schäuble sagte, sie wären ja bereit gewesen, nur kam von der anderen Seite nichts. Wenn sie etwas angesprochen hätten, habe die ostdeutsche Seite gleich gesagt: Ach, Quatsch.

Weiß: Ich bin ja damals in der Verhandlungskommission zum Einigungsvertrag gewesen. Ich habe die Frage der Hauptstadt mit eingebracht. Krause hat sich da mit Händen und Füßen gewehrt. Und so war es in vielen Fragen. Es gab auf DDR-Seite aber auch kaum kompetente Gesprächspartner. Die kamen entweder aus dem DDR-Staatsapparat und hatten nie gelernt, eine eigene Meinung zu haben. Oder sie hatten überhaupt keine Ahnung von Verwaltung, von Demokratie. Unsere Unfähigkeit als DDR-Bürger, uns da einzubringen, war letztlich schuld. Nicht persönlich, aber in der Wirksamkeit.

Albrecht-Schatta: Ich bin dafür, dass wir jetzt mal in die Gegenwart kommen.

Schulz: Aber das spielt doch alles eine Rolle! Dieser Sofortabwicklung Ost stand kein Reformwille West gegenüber. So kann man das auf den Punkt bringen. Und das hat bis heute Folgen.

Albrecht-Schatta: Natürlich spielt es eine Rolle. Aber es ist vorbei! Ich war nicht so dicht dran wie Sie, ich finde das auch interessant. Ich musste dabei auch daran denken, wie das im Kleinen ähnlich geschah, etwa wenn Kirchengemeinden fusioniert wurden. Die wurden einfach zusammengesetzt, dann musste es losgehen. Im günstigsten Fall macht man dann gemeinsam Entwicklungen, die man vorher hätte machen müssen, im Nachhinein. Das finde ich spannender, jetzt anzuschauen: Wie ist denn ein gewisses Zusammenwachsen passiert?

Weiß: Es gab aber eben viel Nicht-Zusammenwachsen. Auch bei Kirchengemeinden.

Albrecht-Schatta: Ja, da ging man dann wieder auseinander. Aber, und darum bin ich jetzt ein bisschen ungeduldig geworden: Wir können an dem, was passiert ist, ja nichts mehr ändern. Aber wir können unsere Haltung dazu ändern. Das habe ich versucht und viele andere auch. Man kann sich sagen: Wir hätten es gerne anders gehabt, aber jetzt müssen wir versuchen, aus der Hingabe ein Zusammenwachsen zu machen. Ich würde gerne hingucken, wo das gelungen ist. Natürlich auch, wo es gefährlich ist, weil es nicht geklappt hat.

Tiefensee: Der Einigungsvertrag ist so, wie er ist. Meine Erfahrung ist, dass es auf Städte, auf Länderpartnerschaftsebene zu einem Austausch gekommen ist.

Schulz: Man muss doch auch dieses Hölderlin-Phänomen beschreiben: In diesem Land fühlen wir uns wie Fremdlinge im eigenen Haus. Es gibt dieses Fremdheitsgefühl, dass man mit der Bundesrepublik nichts anfangen konnte. Das ist auch von der PDS kultiviert worden. Viele Leute hatten das Gefühl, sie sind von einer Politikbürokratie in eine Verwaltungsbürokratie

gekommen. Und manchmal scheint dieser Ossi-Wessi-Unterschied mir heute stärker als vor zehn Jahren.

Templin: Ich denke auch, es ist wieder stärker geworden zuletzt, das kann man sagen.

Albrecht-Schatta: Das kann man nicht so verallgemeinern!

Birthler: Es gibt viel Streit über die Hauptursache dafür, dass viele Menschen aus Ostdeutschland heute mit der Demokratie nichts anfangen können oder sie sogar ablehnen. Die einen sagen, das hat vor allem mit der Diktaturvergangenheit zu tun. Andere sprechen von den Umbrüchen der 90er-Jahre und den Benachteiligungen, die heute spürbar sind. Meiner Ansicht nach spielt beides eine Rolle. Die Frage heute ist, wie Menschen die Möglichkeit bekommen, sich auf dieses Land einzulassen, in dem wir leben. Da wächst sonst ein Milieu heran, das ich gefährlich finde und vor dem ich persönlich auch Angst habe.

Tiefensee: Wenn wir darüber sprechen, wie Ostdeutschland tickt, würde ich nicht immer auf die 20, 25 Prozent schauen wollen, die in Richtung AfD tendieren. Wir haben immerhin 75 Prozent, die nicht so denken, die froh sind, dass sie Freiheit haben, die stolz sind auf ihre Entwicklung. Viele sind angekommen.

Templin: Rechnen Sie den Teil dazu, der nicht so ist, aber das akzeptiert oder für normal hält. Dann sind wir nicht bei 20 Prozent, sondern vielleicht beim Doppelten. Und das macht mich sehr unruhig.

Geipel: Der Osten ist längst gekippt und in weiten Teilen antidemokratisch, antiwestlich, rassistisch. Es ist wie ein Sickersystem und alarmierend, was mittlerweile in den Kneipen, Sporthallen, Bussen, auf der Straße sagbar geworden ist. Junge Eltern nehmen ihre Kinder aus den Schulen in Pirna oder Freital, weil sie nicht möchten, dass diese mit Nazikindern Umgang haben. Diese Atmosphäre muss uns alarmieren. Stattdessen läuft der Osten

im ewigen Opfermodus weiter und kann damit jedes Problem und jede Verantwortung in den Westen schieben.

Tiefensee: Wir müssen unruhig sein. Aber wir brauchen keine Pauschalverurteilungen.

Weiß: Es ist auch eine Generationenfrage. Dieses Nicht-angekommen-Sein, diese Unzufriedenheit, die betrifft doch vor allem unsere Generation. Bei vielen jungen Leute gibt es das Ost-West-Ding nicht mehr. Da sind Ehen geschlossen worden. Da hat man zusammen studiert.

Birthler: Da mache ich andere Erfahrungen. In der Generation meiner Kinder und meiner Enkel ist das nach wie vor ein Thema. Meine Enkeltochter zum Beispiel, die in Cottbus studiert, sagt, dass die Frage, ob jemand aus dem Osten oder Westen stammt, immer noch zu den ersten Fragen gehört, wenn man jemanden kennenlernt. Politische Sozialisation erfolgt überwiegend in den Familien, an den Abendbrottischen, deswegen ist das Thema für die nächste Generation noch nicht erledigt.

Geipel: Es sind doch insbesondere die Einheitskinder und Ost-Millennials, die heute die AfD promoten und wählen. Was erzählt das? Im Kern wohl vor allem von der Verteidigung der Eltern. Auffällig ist das laute Nichtgespräch zwischen den Generationen, die Kollektivfestung, die wie mit Stahlseilen zusammengehalten wird und aus der sich der Einzelne nur so schwer herausarbeiten kann. Da kleben vier Generationen – die Kriegskinder, die Kriegsenkel, die Einheitskinder und die Ost-Millennials – wie Pech und Schwefel aneinander und lassen sich jetzt von der AfD zu einem neuen Kollektiv zusammenschweißen. Die Folgen sind nicht absehbar, weil damit erneut Generationen beschädigt werden. Da soll nichts ankommen, sondern eine neue Identität imaginiert werden. Es sind paradoxerweise die Jungen, die diesen verqueren Abwehrmodus fahren. Das dürfte uns noch ziemlich beschäftigen.

Schulz: Die Erfahrung aus dieser 40 Jahre langen Diktatur, dieser Unmündigkeit und auch diese merkwürdige Solidargesellschaft, die es im Osten gegeben hat, dieses Beziehungsgeflecht, dass man sich gegenseitig versorgt hat, die Kollektive, die verschwunden sind, was man heutzutage beklagt, das spielt alles eine große Rolle! Ich hätte auch nicht gedacht, dass sich das so lang durchzieht. Ich hätte gedacht, dass das nach einer Generation – und 30 Jahre ist ja eine Generation – weitgehend verschwunden ist. Auch bei Leuten, die die DDR nicht erlebt haben. Und da ist die Gefahr, dass sie verklärt wird. Also wenn Leute wie Gregor Gysi sagen, es war nicht alles schlecht, es war sogar manches besser – so etwas suggeriert, dass es eigentlich ganz nett war in der DDR. Die Finnen haben unser Bildungssystem übernommen, und wenn man mal absieht von der Ideologie, dann war das eigentlich alles ganz toll.

WELT AM SONNTAG: Wie ging es Ihnen denn, als Sie das Wahlergebnis in Sachsen und Brandenburg gesehen haben? Was war Ihr erster Gedanke?

Weiß: Dass die SED-Nachfolger auf ein erträgliches Maß zurückgestutzt wurden – 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution –, ist immerhin erfreulich. Dass sogar in Brandenburg die Grünen einen Hauch vor der Linkspartei liegen – Chapeau! Aber das Wahlergebnis in Sachsen und Brandenburg macht mir trotzdem Angst. Wenn ich mir den braunen Streifen ansehe, der sich von der Uckermark bis an die Neiße zieht, kann ich nur hoffen, dass die demokratischen Parteien die Lektion nun wirklich begriffen haben und sich und ihre Politik ändern. Die Koalitionsverhandlungen werden das sehr schnell zeigen. In beiden Ländern sollte ein stabiles Schwarz-Rot-Grün die klare Antwort an die National-Bornierten sein.

Geipel: Bei den Wahlen ist etwas manifest geworden, was sich abgezeichnet hat. So hat etwa in Meißen jeder Zweite die AfD gewählt. Eine erschreckend große Zahl von Ostdeutschen hat die innere Bereitschaft, extrem zu wählen, und auch kein Problem damit, von einem Rechtsextremen regiert zu werden. Das ist die Botschaft dieser Wahlen und kann nicht mehr weggeblinzelt werden. Jetzt geht es um eine klare Analyse und einmal mehr um Engagement.

Schulz: Ich bin gespannt, ob die AfD die Rolle einer konstruktiven Opposition annimmt oder was derzeit wahrscheinlicher ist, dass diese Partei sich mehr und mehr in eine nationalistische, rechtsextreme Richtung entwickelt und damit in Deutschland den abschüssigen Weg der NPD, DVU oder Republikaner gehen wird In Sachsen war auffallend, dass sie viele Wähler aus dem früheren Spektrum der untergegangenen DSU, des sächsischen Ablegers der CSU, erhalten hat. Ein Beleg dafür, dass die selbstgefällige sächsische CDU jahrelang die Probleme und die eher konservativen Wähler vernachlässigt hat. Dieser politische Flurschaden ist groß und nicht nur durch intensive Bürgergespräche in Wahlkampfzeiten wettzumachen.

WELT AM SONNTAG: Im Wahlkampf knüpfte die AfD ja immer wieder deutlich an 1989 an, warb unter anderem mit „Vollende die Wende“ und „Wende 2.0“. Einige von Ihnen haben dagegen öffentlich protestiert.

Tiefensee: Können wir das mit einem Satz beantworten und dann nicht mehr drüber reden? Es ist eine Unverschämtheit!

Birthler: Ich kann das nicht in einem Satz sagen. Es gibt kein Copyright auf den Satz „Wir sind das Volk“. Das darf jeder sagen. Was mich daran ärgert, ist, dass die AfD überhaupt nicht daran denkt, sich auch nur einen Teil der Visionen, der Forderungen zu eigen zu machen, die wir damals hatten. Für ein offenes Land mit freien Menschen, für Pressefreiheit, Pluralität, Schutz von Minderheiten – wenn das alles der AfD etwas bedeuten würde, dürfte sie sich ja auf 89 berufen. Aber dann wäre sie nicht die AfD.

Schulz: Sie pervertieren das Ganze. „Wir sind das Volk“ war der Anspruch nach direkter Demokratie. Seit Vormärz 1848. Hier wird es pervertiert in: Wir sind das Volk, und ihr, die ihr zugereist seid, ihr Ausländer, ihr seid es nicht. Aber eigentlich versteht die AfD davon ohnehin relativ wenig, denn die Wende ist ja ein Begriff von Egon Krenz. Es ist perfide, wie Wolfgang Tiefensee sagt. Aber es ist offenbar die einzige Kampagne, die zieht!

WELT AM SONNTAG: Warum?

Schulz: Sie sind mal wieder permanent im Gespräch damit. Die Leute widersprechen oder fühlen sich angesprochen. Sie hören, sie können noch mal Revolution auf dem Stimmzettel machen.

Albrecht-Schatta: Viele verbinden damit eben etwas ganz Bestimmtes. Es geht nicht um Argumente, sondern um Gefühle, um Befindlichkeiten. Über die Slogans wird ein Gefühl transportiert: Damals, da war mal ein neuer Anfang.

Templin: Für mich ist die größte Gefahr, dass es Teil eines Geschichtsrevisionismus ist, der viel weiter zurückgeht – bis in die Zeit der NS-Diktatur. Und der das Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn betrifft.

WELT AM SONNTAG: Es gibt allerdings auch ehemalige Bürgerrechtler, die heute der AfD nahestehen.

Birthler: Bei Leuten, die aus der DDR-Opposition gekommen sind, begegnen mir eigentlich immer nur zwei Namen, auf die sich die AfD beruft: Vera Lengsfeld und Angelika Barbe.

Schulz: Es sind Irrlichter.

Birthler: Die Partei, in der die meisten ehemaligen Oppositionellen waren und heute noch aktiv sind, die Bündnisgrünen, ist ja heute der Lieblingsfeind der AfD. Und das hat damit zu tun, dass sie inhaltlich für den größten politischen und gesellschaftlichen Kontrast steht. Ich finde es schmerzlich, wenn jemand sich von den Idealen der Friedlichen Revolution verabschiedet hat, aber das sind zum Glück nur wenige.

Weiß: Ich bin auch gerne der Lieblingsfeind der Linkspartei.

Templin: Da hake ich mich unter.

WELT AM SONNTAG: Es gab aktuell auch eine Debatte darüber, wer welche Rolle bei der Friedlichen Revolution gespielt hat: die Bürgerrechtler, die Ausreisewilligen, die, die „hinter der Gardine“ standen. Wie würden Sie Ihr Verhältnis zur Masse der Bevölkerung sehen? Sagt uns das auch etwas über die Situation heute?

Birthler: Wir als Opposition waren eine kleine Minderheit in der DDR, die nie für sich in Anspruch nehmen konnte, im Namen der Mehrheit zu agieren. Aber ich glaube, dass die Bürgerbewegung eine wichtige Funktion hatte, weil sie 1989 der Unzufriedenheit eine Stimme, eine Sprache gegeben hat. Und dann auch Ausdrucksmöglichkeiten eröffnet hat, Gruppen, denen man sich anschließen konnte. Es wäre alles sehr anders gelaufen, wenn es uns, diese Minderheit, nicht gegeben hätte. Auch wenn wir nicht das allein entscheidende Element der Revolution waren – es spielten ja viele Dinge eine Rolle: die Ausreisebewegung, die desolate Wirtschaftssituation, die Schwäche der SED. Um Lenin zu zitieren: Revolutionen entstehen, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen.

Albrecht-Schatta: Es ging ja auch darum, Signale auszusenden. Zum Beispiel bei der Wahlauszählung der Kommunalwahlen 1989. Da haben tausend Leute gesagt: Das ist doch Quatsch, das müsst ihr doch nicht machen. Wir wissen doch, dass da betrogen wird. Aber da haben sich halt trotzdem welche hingestellt und gesagt: Wir machen das jetzt!

Tiefensee: Ich weiß aus vielen Gesprächen Ende der 80er-Jahre, dass es innerhalb der SED, auch bei mir an der Hochschule, wo ich gearbeitet habe, innerhalb von Kollegien, in Unternehmen, eine Tendenz nicht des Widerstandes, aber des Widerspruchs da war, da ist also etwas hochgekocht.

Schulz: Der Impuls der Opposition war schon entscheidend. Es muss natürlich ein großer Unmut da sein in der Bevölkerung. Die Leute haben sich geöffnet, sie haben geredet. Und Wolfgang Templin zum Beispiel hat ja

schon bei der Rosa-Luxemburg-Demonstration *(im Januar 1988, Anmerkung d. Red.)* zum ersten Mal die Verbindung zu den Ausreise-Leuten gesucht. Wir wussten, wir sind wenige und brauchen Unterstützung. Das war unter uns hart umstritten, ob das richtig ist. Viele haben zugeguckt, abgewartet, auch wenn sie kritisch waren.

Weiß: Insgesamt reden wir heute viel zu oft leichtfertig vom Widerstand in der DDR. Widerstand in der DDR haben wirklich nur sehr wenige geleistet, ich würde das nicht für mich in Anspruch nehmen, ich war vielleicht im Widerspruch. Bei Widerstand denke ich an den Widerstand im Dritten Reich. Aber in der DDR?

Tiefensee: Ich bin in einem Elternhaus groß geworden, das mich erzogen und gelehrt hat, gegen das Regime Widerstand zu leisten. Nicht in die FDJ, keine Jugendweihe, ich habe auch den Dienst an der Waffe verweigert. Und ich habe von Anfang an eine Ambivalenz gespürt. Wie andere, denke ich, auch: Wie gehe ich mit diesem System um? Und der eine, aus welchen Gründen auch immer, stellt sich dagegen mit seiner kleinen Kraft, der andere passt sich an, der Dritte gestaltet dieses System.

Birthler: Aber wir haben uns doch alle irgendwie angepasst! Die einen allerdings mehr, die anderen weniger. Sonst wären wir unweigerlich im Knast gelandet!

Tiefensee: Es gab nicht nur die dafür und die dagegen. Es gab eine Vielfalt des Umgangs im und mit dem Regime. FDJ, ja oder nein, und verzichtet man damit auf einen Studienplatz, die Frage Ausreise ja oder nein. Man war immer wieder gespalten, wie man damit umgeht.

Albrecht-Schatta: Aber es gab auch Leute, die größere Entscheidungen getroffen haben. Die nicht in die Armee, sondern ins Gefängnis gegangen sind. Die sind „zugeführt“ und zusammengeschlagen worden.

Templin: Die Zahl der OV *(Abkürzung der Staatssicherheit für „Operativer Vorgang“, Anmerkung d. Red.)* spricht doch für sich.

Geipel: Es waren nicht alle angepasst. Es gab viele, die ungemein mutig waren und einen hohen Preis dafür bezahlt haben. Aber ein einfaches Nichtmitmachen konnte ja auch schon eine Form von Widerstand sein. Die Amplitude war dabei groß. Und viele, die gar nicht an Widerstand dachten, landeten trotzdem in den Mühlen und haben es heute immens schwer. Ich denke an die Kinderheime, die vielen, die in die kriminelle Militärforschung gerieten, an die Staatsgedopten. Es gibt so zahlreiche, große Opfergruppen im Osten. Und noch immer viel Schweigen.

WELT AM SONNTAG: Viele von Ihnen waren ab den 90er-Jahren in die Politik eingebunden, in Parlamente, sogar in Regierungen. Für einige war es ein relativ kurzer Aufenthalt. Sie, Herr Tiefensee, sind im Grunde eine Ausnahme. Gab es da einen Zusammenprall zwischen Ihren Idealen und der Realpolitik?

Tiefensee: Bei mir war es ja überhaupt keine gradlinige Entwicklung. Ich bin damals vom Runden Tisch in die Verwaltung, als Dezernent ins Schulamt gekommen. Es war für mich damals zunächst gar nicht denkbar, in die Politik zu gehen.

Weiß: Für mich war das eine ganz wichtige Erfahrung, plötzlich in eine Rolle zu kommen, etwas mitgestalten zu können. Ich bin ja vorher Filmemacher gewesen, habe die Wirklichkeit widergespiegelt, manchmal versucht, etwas kritisch zu sein in meinen Filmen. Aber in dem Moment, wo wir die Bürgerbewegung gegründet haben, dann mit den Runden Tischen, mit der Volkskammer, mit dem Bundestag, das war praktische Politik. Wir haben nicht viel bewirken können als kleine Gruppe, aber einiges dann doch. Zum Beispiel dass im Namen der DDR-Bevölkerung in der zweiten Sitzung der Volkskammer eine Entschuldigung ausgesprochen wurde wegen des Unrechts, das den Juden angetan worden ist. Auch in der DDR. Im Bundestag habe ich mich beim Asylrecht, bei der Einwanderung, bei der

gewaltfreien Erziehung einbringen können, auch wenn die Umsetzung manchmal noch Jahre gedauert hat. Ich bin dann rausgegangen aus der Politik, weil ich gesehen habe: In der Partei, in der ich damals war, Bündnis 90/Die Grünen, werde ich Probleme haben, werde ich das Maß an Freiheit, das ich für mich brauche, nicht haben.

WELT AM SONNTAG: In der Partei – oder in keiner Partei?

Weiß: Ich bin ja nicht wieder in eine eingetreten. Also: nein, in keiner Partei.

Birthler: Mir tut das bis heute leid, Konrad. Die Vertreter der ehemaligen DDR-Opposition haben sich damals in verschiedenen Parteien wiedergefunden. In den 90er-Jahren hat eure kleine Bundestagsgruppe ganz wesentlich Einfluss gehabt auf die spätere Politik der Bündnisgrünen, zumindest was Außenpolitik und Menschenrechtspolitik betrifft. Da hab Ihr, Konrad und Werner, in einer Zeit, in der die West-Grünen sich mühsam neu sortierten, in einigen Politikfeldern Trends gesetzt, die sich bis heute gehalten haben.

Schulz: Man musste sich damals entscheiden: zurück in den Beruf oder in die Politik. Ich habe damals festgestellt, dass mich die Politik fesselt, dass das eine Leidenschaft ist, auch wenn ich mich ziemlich durchkämpfen musste. Man holt sich da viele blaue Flecken. Aber ja: Diese bündnisgrüne Vorstellung, die ist aufgegangen. Wir haben aus einer ziemlich festgelegten Partei, die aus Fundis und Realos bestand, die noch nicht mal Rot-Grün wollte, eine Partei gemacht, die den Bündnisgedanken verstanden hat. Die heute schwarz-grüne Bündnisse macht. Marianne ist eine Vertreterin, die zum ersten Mal in eine Ampel gegangen ist, in Brandenburg 1990, das gab es in Deutschland bis dahin nicht in der Politik.

Birthler: Eine Ampel mit dem Bündnis 90, also ohne Grün allerdings.

WELT AM SONNTAG: Die Grünen sind heute, was sie sind, auch dank Ihnen?

Schulz: Robert Habeck und Annalena Baerbock repräsentieren im Grunde das, was wir uns 1993 auf dem Parteitag in Leipzig vorgenommen haben: dass es eine bündnisgrüne Partei ist, die nicht mehr diesen Wahrheitsanspruch für sich gepachtet hat und alles weiß und sich für die besseren Menschen hält. Sondern der klar ist: Wir brauchen Verbündete, wir brauchen Kooperationspartner. Das wichtige Thema ist der Klimawandel, die ökologische Veränderung, aber wir sind bereit zur Zusammenarbeit. Das ist aufgegangen. Und da bin ich sehr froh. Aber ja: Politik ist hart. Ich habe genügend einstecken dürfen.

Templin: Ich würde nie von Frustration sprechen. Ich habe viele Illusionen verloren und bin realistischer geworden. Zur parteigebundenen Politik im engeren Sinne gehören immer Kompromisse, die alle zufriedenstellen können. Das kann im Ergebnis sogar Gutes bewirken. Wer in diesem Bereich mitspielt, muss das akzeptieren. Ich habe mir abgewöhnt, da arrogant draufzuschauen.

Tiefensee: Wir haben 1990 und in den Folgejahren versucht, eine andere Form der Demokratie durchzusetzen. Einer der Gründe, warum ich erst sehr spät, 1995, nach heftiger Diskussion in die SPD eingetreten bin, lag daran, dass ich die irrwitzige Vorstellung hatte, wir könnten das Parteiensystem ändern.

Birthler: Ich glaube, es war für uns alle schwer zu verkraften, auch wenn wir es theoretisch wussten, dass Demokratie nicht heißt, dass nun alles so passiert, wie wir es für richtig hielten. Jeder hat nur eine Stimme. Und muss manchmal schlucken, wenn Dinge ganz anders laufen. Demokratie ist etwas, was gelernt werden muss. Heute scheinen viele zu denken: Politik ist eine Art von Dienstleistung, und wenn sie nicht liefert, was ich erwarte, wähle ich sie ab. Dass Demokratie anders funktioniert, von uns allen abhängt, ist ein Lernprozess, der vielen Menschen noch bevorsteht. Dafür braucht es

Unterstützung. Ich glaube, die wenigsten wollen eine Diktatur. Sie wollen, dass sich jemand kümmert und alles genauso macht, wie sie sich das vorstellen, nicht nur im Osten übrigens, sondern auch im Westen.

Schulz: Aber es ist im Osten stärker verbreitet.

Tiefensee: Die, die damals eine Art Sprachrohr waren, sind jetzt gefordert, wieder nicht nostalgisch zurückzuschauen und dieses und jenes hin und her zu wenden, sondern jetzt erneut die Kraft aufzubringen, das zu artikulieren, was jetzt an der Tagesordnung ist. Und da finde ich gut, dass wir uns auseinandersetzen. Und unsere Namen auch dazu nutzen, an manchen Stellen ein Wort zu sprechen: So geht es nicht.